



Presseschau vom 13. und 14.11.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-Rinfo, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipp:

„Eiserner Wolf“ in Litauen: Übt Nato Russland-Abschreckung im Namen von faschistischem Kampfbund?

Von Liudmila Kotlyarova

<https://sptnkne.ws/Avkw>

13.11.2019

vormittags:

Ukrinform.de: Trump verspricht, Stenogramm des Gesprächs mit Selenskyj zu veröffentlichen

US-Präsident Donald Trump erklärte, er könne am Donnerstag, den 14. November das Stenogramm des ersten Telefonats mit Präsident der Ukraine Wolodymyr Selenskyj, das im April stattfand, veröffentlichen lassen.

Dies erklärte er bei der gemeinsamen Pressekonferenz mit dem türkischen Staatschef Tayyip Erdogan im Weißen Haus, auf die Fragen von Journalisten.

"Ich habe es vor, meine ich, am Donnerstag, das Stenogramm des zweiten Telefonats, das in

der Tat das erste war, zu veröffentlichen. Und Ihr könnt darauf kommen, was Ihr darüber denkt", sagte Trump.

US-Präsident betonte auch, er möchte wissen, wer sei der Informant, der sich über ihn wegen des zweiten Juli-Gesprächs mit Selenskyj beschwert habe.

Wie Ukrinform berichtete, hätte das zweite Gespräch des US-Präsidenten mit dem ukrainischen Staatschef Wolodymyr Selenskyj am 25. Juli starke Besorgnis in der US-Administration ausgelöst. Im Ergebnis entstand eine Beschwerde des "Denunzianten". Und die Demokraten im Repräsentantenhaus hatten ein Amtsenthebungsverfahren gegen Trump eingeleitet.

de.sputniknews.com: **Ukraine-Affäre: Trump drohte Stabschef von Weißem Haus mit Entlassung**

US-Präsident Donald Trump soll wochenlang damit gedroht haben, den amtierenden Stabschef des Weißen Hauses, Mick Mulvaney, zu entlassen. Seine Berater sollen ihm davon abgeraten haben. Darüber berichtet die Zeitung „The Washington Post“ unter Verweis auf ihre Quellen.

Demnach war Trump über Mulvaney's Auftritt bei einer Pressekonferenz am 17. Oktober verärgert, bei der er zugegeben hatte, militärische Hilfe für die Ukraine sei zurückgehalten worden, um Kiew zu zwingen, Untersuchungen zur Einmischung in die Wahlen 2016 sowie Ermittlungen gegen Ex-Vizepräsident Joe Biden, den wichtigsten politischen Rivalen von Trump, einzuleiten.

Später zog Mulvaney sich zurück und sagte, die Medien hätten seine Äußerung falsch interpretiert. Es habe „absolut keine Gegenleistung pro Gegenleistung“ gegeben.

Allerdings hätten hochrangige Berater Trump davor gewarnt, Mulvaney zu feuern. Dieser Schritt könnte „in einem so entscheidenden Moment während der Amtsenthebungsuntersuchung des Parlaments riskant“ sein, insbesondere angesichts der Rolle von Mulvaney bei der Entscheidung, die Hilfe für die Ukraine vorübergehend einzufrieren. Zudem könnte die Entlassung Mulvaney's ein „Chaos“ nach sich ziehen, hieß es.

„Ich glaube nicht, dass er bis zum Dezember irgendwohin gehen wird“, sagte ein Trump-Berater gegenüber der Zeitung. „Aber der Präsident war sehr unzufrieden mit dieser Pressekonferenz. Das war ein sehr schlechter Tag für den Präsidenten“.

Amtsenthebungsverfahren gegen Trump

Die Demokraten im US-Kongress haben ein Amtsenthebungsverfahren gegen Trump wegen des angeblichen Drucks auf den ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenski eingeleitet. Trump soll Kiew aufgezwungen haben, Ermittlungen gegen den ehemaligen Vizepräsidenten Joe Biden und seinen Sohn Hunter anzuregen. Trump behauptet, er habe die ukrainischen Behörden lediglich zur Korruptionsbekämpfung aufgefordert und das mit vollem Recht getan. Hunter Biden hatte zwischen 2014 und 2019 im Verwaltungsrat des ukrainischen Gasunternehmens „Burisma“ gesessen. Trump warf Joe Biden vor, die Einstellung einer Ermittlung gegen „Burisma“ sowie die Entlassung des damaligen ukrainischen Generalstaatsanwalts durchgesetzt haben. Die US-Demokraten weisen diese Vorwürfe als grundlos zurück. Trump habe versucht, seinen wahrscheinlichen Herausforderer bei der Präsidentschaftswahl 2020 mit Hilfe eines ausländischen Staates aus dem Weg schaffen, beanstanden sie.

Ukrinform.de: **Ostukraine: Besatzer greifen Armeestellungen nahe Solote (außerhalb der Entflechtungszone) an, zwei Soldaten verletzt**

Die russischen Besatzungstruppen haben am 12. November 15 Mal die Waffenruhe in der Ostukraine gebrochen. Die Besatzer setzten verschiedene Granatwerfer, schwere Maschinengewehre, Handfeuerwaffen ein, teilte die Pressestelle des Stabs der Operation der Vereinigten Kräfte (OVK) am 13. November mit.

Im Operationsgebiet der Gruppe „Ost“ feuerte der Feind auf die ukrainischen Stellungen neunmal, meldet der OVK-Stab. Nahe der Ortschaft Pisky seien schwere Maschinengewehre und andere Schusswaffen, in der Nähe der Ortschaft Werchnjotorezke Panzer-Granatwerfer, automatische Granatwerfer und Handfeuerwaffen zum Einsatz gekommen. Die Armeestellungen unweit der Ortschaften Slawne, Beresowe und Krasnohoriwka hätten die Besatzer mit automatischen Granatwerfern und schweren Maschinengewehren, nahe der Ortschaft Marjinka zweimal mit automatischen Granatwerfern und Handfeuerwaffen, in der Nähe der Ortschaft Taramtschuk mit Panzer-Granatwerfern und Unterlaufgranatwerfern, unweit der Ortschaft Pischtschewik mit Panzer-Granatwerfern und Handfeuerwaffen beschossen.

Im Operationsgebiet der Gruppe „Nord“ griff der Feind sechsmal die Armeestellungen an, so der Stab. Er habe mit Unterlaufgranatwerfern und Handfeuerwaffen in der Nähe der Ortschaft Weiler Wilnyj, mit Panzer-Granatwerfern und schweren Maschinengewehren in der Nähe der Ortschaft Piwdenne, zweimal mit Panzer-Granatwerfern und automatischen Granatwerfern nahe der Ortschaft Solote (außerhalb der Entflechtungszone) gefeuert. Nahe der Ortschaft Luhanske habe der Feind auf die ukrainischen Stellungen mit verschiedenen Granatwerfern und schweren Maschinengewehren, in der Nähe der Ortschaft Troizke mit automatischen Granatwerfern und schweren Maschinengewehren geschossen.

Bei der Explosion eines unbekanntes Sprengsatzes sind am 12. November zwei ukrainische Soldaten verwundet worden, heißt es.

lug-info.com: In den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen **zweimal das „Regime der Ruhe“ im Verantwortungsbereich der LVR verletzt**. Dies teilte die Vertretung der LVR im GZKK mit.

Beschossen wurde das Gebiet von **Kalinowka**.

Geschossen wurden mit 82mm-Mörsern.

de.sputniknews.com: **Russische Heeresflieger erweitern Patrouillenraum in Syrien**

Transportkampfhubschrauber der russischen Heeresfliegerei erweitern derzeit laut einem Sputnik-Reporter das Territorium ihrer Luftpatrouille in den nördlichen Gebieten Syriens. Hubschrauber vom Typ Mi-8 und Mi-35 unternahmen demnach bereits Flüge über Ortschaften und Hauptautostraßen in der Provinz al-Hasaka.

Die Erweiterung der Patrouillenzone wird zur Vergrößerung der russischen Präsenz im Himmel Syriens sowie zu neuen Wegen der Bodenüberwachung durch russische Militärpolizeieinheiten und zur Entfaltung der humanitären Mission des Versöhnungszentrums im Norden des Landes beitragen.

„Wir erfüllen die Aufgaben der Luftpatrouille in den nördlichen Gebieten Syriens und begleiten Autokolonnen mit humanitärer Hilfe und Kolonnen von Militärpolizeipatrouillen“, sagte der Pilot des Mi-8AMTSch, Iwan Petrow, vor Journalisten.

Demnach werden alle Sicherheitsmaßnahmen ergriffen: Die Hubschrauber fliegen in einer Höhe von weniger als 50 Metern.

Fünfte gemeinsame Patrouille

Am Dienstag hatten Soldaten der russischen Militärpolizei und türkische Grenzschrützer mit der fünften gemeinsamen Patrouille im nordsyrischen Grenzgebiet nahe der Ortschaft Kobane begonnen.

Am 8. November waren russische Hubschrauber die erste Patrouille im Nordosten Syriens im Rahmen des russisch-türkischen Memorandums geflogen.

Memorandum zwischen Moskau und Ankara

Am 22. Oktober hatten die Präsidenten Russlands und der Türkei, Wladimir Putin und Recep Tayyip Erdogan, in fast siebenstündigen Verhandlungen in der russischen Schwarzmeerstadt

Sotschi ein Memorandum unterzeichnet, das zehn Punkte umfasst. Demnach sollen die russische Militärpolizei und der syrische Grenzdienst beim Abzug der kurdischen Volksmilizen und ihrer Waffen aus der 30-Kilometer-Pufferzone an der syrisch-türkischen Grenze Unterstützung leisten.

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 12. November 3:00 bis 13. November 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: **in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 15.** Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Golmowskij, Spartak, Donezk (Terminal, Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Staromichajlowka, Petrowskoje, Kominternowo, Leninskoje.**

Wie zuvor mitgeteilt wurde, haben die BFU gestern das Feuer mit großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen auf Golmowskij eröffnet. In der Folge des Beschusses wurden Schäden an Fassade, Dach sowie Fensterverglasung eines Hauses in der Stepan-Babitsch-Straße 52 festgestellt.

Opfer unter den friedlichen Bürgern wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 147.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der abgefeuerten Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik der Zahl der Geschosse im täglichen Bericht eingeht.

In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 79.

Ab 01:01 am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: Russische Soldaten wehren Übungsangriff auf S-400-Raketenabwehrtruppe ab

Militärübung in Zentral-Russland: Die Armee spielt ein Szenario durch, bei dem ein wichtiger Flugabwehrraketenstandort urplötzlich vom Feind angegriffen wird. Die Soldaten müssen ihre Waffensysteme verteidigen und anschließend noch einen simulierten Raketenangriff abwehren.

Die Übung fand in der Wolga-Region Saratow unweit der Grenze zu Kasachstan statt, wie das Presseamt des Militärbezirks Zentrum am Mittwoch mitteilte.

Laut dem Szenario versuchten Saboteure, die Langstrecken-Raketensysteme S-400 (Nato-Code: SA-21 Growler) und Kurzstreckensysteme Panzir-S1 (SA-22 Greyhound) in der Nacht zu verminen. Dabei hätten sie gleich zwölf Stellungen attackiert. Die diensthabenden Kräfte hätten die Angriffe unter Einsatz von Handfeuerwaffen und Nachsichtgeräten abgewehrt.

Bei einer nächsten Etappe seien die Flugabwehr-Systeme und Radare in Kampfstellung gebracht und die Abwehr feindlicher Raketenangriffe simuliert worden, hieß es. An dem Training seien rund 500 Soldaten beteiligt gewesen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32502/80/325028018.jpg>

rusvesna.su: Auf der Krim berichteten sie, wie viele Ukrainer auf die Halbinsel gezogen sind. Seit dem Anschluss der Krim im Jahr 2014 sind rund 50.000 Menschen aus der Ukraine auf Dauer auf die Halbinsel gezogen.

Dies wurde vom Sprecher des Krimparlaments Vladimir Konstantinov gesagt.

„Über die 5 Jahre kamen ungefähr 170 Tausend Menschen auf die Krim (für einen ständigen Wohnsitz). Davon kamen mehr als 50.000 aus der Ukraine“, sagte Konstantinov.

Zur gleichen Zeit, auf der Krim erzählten sie, wie viele Ukrainer auf die Halbinsel gezogen sind.

„Über 5 Jahre kamen ungefähr 170 Tausend Menschen auf die Krim (für einen ständigen Wohnsitz). Davon kamen mehr als 50.000 aus der Ukraine“, sagte Konstantinov.

Zur gleichen Zeit sind von der Zahl derer, die Krim verlassen haben, achtzigtausend zu anderen russischen Gebieten, siebentausend - in die Ukraine gegangen.

Laut Konstantinov wird erwartet, dass bis Ende 2019 mindestens 1 Million Touristen aus der Ukraine die Halbinsel besuchen werden. Seit Jahresbeginn haben 6,87 Millionen Touristen die Krim besucht. Er hat angemerkt, dass im Juni auf der Halbinsel eine Zunahme des Touristenstroms von der Ukraine registriert wurde. von der Zahl derer, die Krim verlassen haben, sind achtzigtausend zu anderen russischen Gebieten, siebentausend - in die Ukraine gegangen.

Ukrinform.de: Gespräche über neues Hilfsprogramm: IWF hofft auf schnelle Fortschritte

Der Direktor der Europa-Abteilung des Internationalen Währungsfonds (IWF) Poul Thomsen hofft auf schnelle Fortschritte bei Verhandlungen mit der Ukraine über ein neues Hilfsprogramm.

Das sagte er in einem Interview für den Sender Voice of America vor dem Besuch einer IWF-Delegation in Kyjiw. Er betonte zugleich, dass es „noch nicht gelöste Fragen“ geben.

Schwerpunktthema der Gespräche in Kyjiw wird Thomsen zufolge die Säuberung des Banksektors. Die Ukraine habe in dieser Frage Fortschritte erzielt. „Es ist wichtig, dass es keine Rückschritte gibt“, so Thomsen. Als Herausforderungen für die Ukraine nannte er Korruptionsbekämpfung und Bewahrung der Unabhängigkeit der Notenbank.

Thomsen nannte auch positive Errungenschaften in der Ukraine in den letzten Jahren, darunter makroökonomische Stabilisierung, gute Geld- und Fiskalpolitik, die Unabhängigkeit der Notenbank, die Säuberung des Finanzsektors.

Die Delegation des Internationalen Währungsfonds (IWF) besucht die Ukraine am 14. November.

Der IWF und die Ukraine verhandeln über ein neues Hilfsprogramm der Erweiterten Fondsfazilität (Extended Financing Facility, EFF) in Höhe von 5 bis 10 Milliarden US-Dollar. Die Nationalbank der Ukraine rechnet mit der ersten Tranche des Programms in Höhe von etwa 2 Milliarden Dollar bis Ende dieses Jahres.

Der Währungsfonds hatte im Dezember 2018 die Kreditvereinbarung (Stand-By Arrangement (SBA)) in Höhe von 2,8 Sonderziehungsrechten (3,9 Milliarden Dollar) mit einer Laufzeit von 14 Monaten genehmigt. Die erste und bisher die einzige Tranche dieses Programms erhielt die Ukraine am 21. Dezember 2018.

Armiyadnr.su: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR

Der Gegner verstärkt weiter die Eskalation der Spannung im Gebiet der Trennung der Seiten am Abschnitt Bogdanowka-Petrowskoje. So haben Radikale des „Rechten Sektors“ gestern einen Terrorakt gegen den Kommandeur der 128. Gebirgsturmbriade Korostelew begangen, der zusammen mit drei Offizieren eine Überprüfung der neuen Positionen nach dem Abzug von Kräften und Mitteln im Gebiet von Bogdanowka vornahm.

Die Kämpfer gaben einige Schüsse mit automatischen Granatwerfern auf das Fahrzeug des Brigadekommandeurs ab, in der Folge wurden vier Soldaten verletzt, zwei von ihnen, darunter der Brigadekommandeur, sind in kritischem Zustand. Wir merken an, dass dies nicht der erste Fall von Terrorakten gegen Soldaten der 128. Brigade von Seiten der Nationalisten ist. So haben am 10. November Kämpfer mit zwei Schüssen mit einem Antipanzergranatwerfer RPG-18 „Mucha“ einen URAL-Lastwagen beschossen, in der Folge wurden vier Soldaten der 128. Brigade verletzt. So haben die Radikalen planmäßig einen Kurs auf die Schaffung eines Spannungsherd in diesem Gebiet gesetzt und rächen sich am Kommando und am Personal der Brigade für das Verlassen ihrer Positionen.

de.sputniknews.com: Nach Katzen-Trick am Moskauer Flughafen: Aeroflot entzieht Tierbesitzer gesammelte Bonusmeilen

Die Geschichte, bei der ein Katzenbesitzer seinen (allzu) beliebten Schützling für den Check-in gegen einen schlankeren Artgenossen getauscht und damit heimlich seinem vierbeinigen Kumpel einen Platz in der Flugzeugkabine verschafft hat, hat nun eine Fortsetzung...

Zuvor hatte Sputnik die Freundschaftsgeschichte eines Russen und seines dicken Katers beleuchtet. Kurz und bündig: Der Besitzer Michail Galin ersetzte am Flughafen

Scheremetjewo seinen zehn Kilogramm schweren Kater Viktor, der laut den Auflagen wegen seines Übergewichts nur im Gepäckraum transportiert hätte werden dürfen, mit einer schlankeren Artgenossin. Dies ermöglichte es ihm, gemeinsam mit der übergewichtigen Fellnase in der Passagierkabine den achtstündigen Flug nach Wladiwostok zu verbringen.‘

Trick hat Folgen

Die Fluggesellschaft Aeroflot, mit der Michail und sein Kater nach Wladiwostok geflogen waren, leitete Medienberichten zufolge eine Untersuchung aufgrund eines Beitrags ein, den Michail Galin zusammen mit Fotos bei Facebook publik gemacht hatte. Der Mann habe das Tier mit einem Gewicht von mehr als acht Kilogramm nicht in den Gepäckraum geschickt, wie es eigentlich bei einer solchen Masse vorgesehen ist, sondern auch noch in der Passagierkabine aus der Transportbox herausgenommen, was ebenfalls einen Regelverstoß darstellt.

Aufgrund der Verstöße hat die Fluggesellschaft Aeroflot laut einer offiziellen Mitteilung beschlossen, den Mann aus dem Vielflieger-Programm zu streichen und ihm die bislang gesammelten Bonusmeilen zu entziehen.

14 Jahre lang gesammelt

Konkret geht es laut dem Tierbesitzer um 370.000 Bonusmeilen, die er im Laufe von 14 Jahren angehäuft hat.

„Ich bereue den Verlust der Bonusmeilen nicht, ich habe die Regeln verletzt und das

Unternehmen ist dazu berechtigt, mich zu bestrafen“, zeigte sich der Mann einsichtig.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32598/39/325983912.jpg>

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Wer sucht Panzer, der findet Champagner – Versprechen des Krim-Chefs an Journalisten**

Eine Delegation aus 26 ausländischen Journalisten hat die Krim besucht und sich mit dem Chef der Halbinsel Sergej Aksjonow getroffen. Während des Gesprächs erläuterte er ein ungewöhnliches Versprechen.

„Wenn sie einen Panzer oder Maschinengewehrschützen (auf der Krim) finden, Fotos auf der Straße machen, wollen sie sofort hierher kommen und ich gebe für sie eine Kiste Champagner aus“, sagte Aksjonow gegenüber den Reportern am Mittwoch.

Eine Delegation aus 26 ausländischen Journalisten (aus Serbien, Italien, der Slowakei, Südafrika, Frankreich, Portugal, Indien, Usbekistan, Vietnam, Kongo, Kenia und anderen Ländern) ist auf der Halbinsel eingetroffen. Am Mittwoch haben sie sich mit Aksjonow und dem Chef des Krim-Parlamentes Wladimir Konstantinow getroffen.

Krim als Teil Russlands

Die Wiedervereinigung der Krim mit Russland erfolgte nach einem Referendum im März 2014. Bei dem Volksentscheid hatten 96,77 Prozent der Bürger der Republik Krim und 95,6 Prozent der Einwohner von Sewastopol für den Beitritt zur Russischen Föderation gestimmt. Die Ukraine betrachtet die Krim weiterhin als „zeitweilig okkupiertes Territorium“. Den Worten des russischen Präsidenten, Wladimir Putin, zufolge „ist die Frage der Krim endgültig abgeschlossen“.

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 13.11.2019**

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer 15 al das Feuer auf Gebiete von Ortschaften der Republik eröffnet.

In Richtung Gorlowka haben Strafsoldaten Kaschtschenkos aus der 58. Brigade und Schapowalows aus der 59. Brigade **die Siedlung des Gagarin-Bergwerks in Gorlowka und Golmowskij** mit Antipanzergranatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In Richtung Donezk haben Kämpfer Martschenkos aus der 28. und Iwanows aus der 56. Brigade der BFU die Gebiete von **Staromichajlowka, Spartak, der Siedlung des**

Trudowskaja-Bergwerks und des Donezker Flughafens mit 82mm-Mörsern, Abwehrgeschützen, Schützenpanzerwaffen, Antipanzergranatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In Richtung Mariupol haben Kämpfer der 36. Brigade Gnatows und der 128. Brigade Korostelevs die Gebiete von **Petrowskoje, Leninskoje und Kominternowo** mit Schützenpanzerwaffen, automatischen und Antipanzergranatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Insgesamt haben die ukrainischen Kämpfer auf das Territorium der Republik 147 verschiedene Geschosse abgefeuert.

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner die Gebiete von Spartak, Petrowskoje, Kulikowo, Dolomitnoje und des Flughafens von Donezk mit 82mm-Mörsern, Abwehrgeschützen, Schützenpanzerwaffen, automatischen Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In der Folge der Beschüsse von Golmowskij wurde ein Wohnhaus in der Stepan-Babitsch-Straße 52 beschädigt.

Informationen über Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur und Verletzte unter der friedlichen Bevölkerung werden noch ermittelt.

Die Verteidiger der Republik kontrollieren die Handlungen des Gegners an der gesamten Kontaktlinie und halten dabei das Regime der Feueereinstellung ein.

In den letzten 24 Stunden ist die Lage entlang der Kontaktlinie schwierig geblieben und durch eine Verschärfung der Situation in der Nähe des Trennungsabschnitts Bogdanowka-Petrowskoje im Zusammenhang mit dem Terrorakt von Radikalen gegen den Kommandeur der 128. Gebirgsturmbataillon Korostelev gekennzeichnet. Die ukrainischen Nationalisten, die sich nicht mit dem sogenannten „Verrat“ des Brigadekommandos beim Abzug von Kräften und Mitteln abgefunden haben, haben in dieser Woche schon zweimal Diversionen gegen Soldaten des Verbandes verübt. Nach einem Granatschlag auf ein URAL-Fahrzeug, in dessen Ergebnis vier Soldaten verletzt wurden (zwei davon starben später im Krankenhaus), haben die ukrainischen Nationalisten ihre Aufmerksamkeit auf das Brigadekommando gerichtet. Nach Ausforschung der Route des Fahrzeugs des Brigadekommandeurs und dessen Untergebenen haben die Radikalen einen Hinterhalt gelegt. Nachdem sie einige Schüsse mit automatischen Granatwerfern auf das Fahrzeug des Brigadekommandeurs abgegeben hatten, flohen die Angreifer. Die Operation zur Durchführung des Terrorakts war sorgfältig geplant. Für den Fall eines Versagens der Granatwerferschützen waren auf der Route des Fahrzeugs funkgesteuerte Sprengsätze installiert worden.

Zurzeit führen Kräfte des SBU operative Fahndungsmaßnahmen zur Suche nach den Angreifern durch. Das Kommando des Stabs der OOS hat außerplanmäßig die taktische Antischarfschützengruppe „TEREK“ des 3. Spezialregiments der Hauptabteilung Aufklärung der ukrainischen Streitkräfte in den Verantwortungsbereich der 128. Brigade verlegt. In diesem Zusammenhang haben die Anführer der nationalistischen Gruppierungen ihre Einheiten in voll Gefechtsbereitschaft versetzt.

de.sputniknews.com: **Moskauer Unternehmen stellen ihre Produkte auf MEDICA in Düsseldorf vor**

Einen einzigartigen Chirurgie-Laser, ein Gerät zur Steuerung von Exoskeletten und andere fortschrittliche medizinische Entwicklungen präsentieren Moskauer Unternehmen auf dem Weltforum für medizinische Technik und Technologien MEDICA 2019, das vom 18. bis 21. November in Düsseldorf stattfindet.

Unternehmen aus Moskau sind auf dieser internationalen Medizinmesse das zweite Jahr in Folge vertreten. Unter dem Label „Made in Moscow“ stellen 24 Firmen aus der russischen Hauptstadt mehr als 60 Entwicklungen im Bereich Hightech-Ausrüstungen, ästhetische Medizin, Pharma, Informationstechnologien und medizinische Leistungen vor.

Dazu gehört ein Laser, der in der Chirurgie und bei ästhetischen Behandlungen erfolgreich angewendet wird. Diese Anlage ist günstiger als europäische Analoga und qualitativ hochwertiger als die meisten asiatischen. Der Laser wird bereits in Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas exportiert.

Zudem sollen einzigartige neurologische Geräte, mit denen Patienten Exoskelette steuern können, gezeigt werden. Patienten mit bionischen Prothesen können mit den Geräten technische Rehabilitationsmittel steuern.

Eine weitere fortgeschrittene „Made in Moscow“-Technologie sind mobile Anlagen zur Desinfektion von Räumen. Diese Anlagen desinfizieren die Luft mithilfe von UV-Impulsen. Auf dem russischen Stand werden auch Möglichkeiten für medizinischen Tourismus vorgestellt. Ausländer können in einigen Moskauer Krankenhäusern Reha- und komplexe Behandlungen bei hochqualifizierten Ärzten zu günstigen Preisen erhalten.

Der Organisator des Messestandes „Made in Moscow“ ist das Moskauer Exportzentrum, das der Abteilung für Unternehmertum und innovative Entwicklung der Stadt Moskau unterstellt ist.

„Der medizinische und pharmazeutische Export Moskaus zeigt die Nachfrage nach unseren Produkten im Ausland. Allein in den ersten acht Monaten 2019 stieg er um 15,2 Prozent im Vergleich zur Vorjahresperiode auf 211,9 Mio. US-Dollar. Das Wachstumstempo des Exports nach Deutschland ist noch größer – 113 Prozent“, so der Leiter der Abteilung, Alexej Fursin.

mil-Info: Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I.M. Filiponko

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **zweimal** das Regime der Feueereinstellung verletzt. Um 16:30 am 12. November und um 0:55 am 13. November haben die bewaffneten Formationen der 59. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Schapowalow 14 Mörserschosse des Kalibers 82mm auf das Gebiet von **Kalinowka** abgeschossen. ...

de.sputniknews.com: Einmalig in Deutschland: „Berliner Zeitung“ jetzt auch auf Russisch!

Nachdem ein ostdeutsches Unternehmerpaar den „Berliner Verlag“ gekauft hat, ist es jetzt zum Relaunch der „Berliner Zeitung“ gekommen, die dort erscheint. Neben einer neuen inhaltlichen Ausrichtung leistet sich die Tageszeitung nun auch einen Online-Auftritt auf Russisch.

Seit dem 8. November erscheinen ausgewählte Artikel der „Berliner Zeitung“ in der Online-Ausgabe neben Deutsch und Englisch auch auf Russisch. Dies ist einmalig für eine deutsche Tageszeitung. In einem Interview mit der Deutschen Presseagentur (dpa), das am Mittwoch erschien, erklärt der Verlagsinhaber Holger Friedrich die Beweggründe:

„Fakt ist, dass ein großer Teil der europäischen Kultur Russisch spricht. Und warum sollen wir diesen Teil ausschließen? Auch für diesen Teil Europas ist es spannend, was hier in Berlin passiert.“

Die Übernahme des Berliner Verlages und damit der Berliner Zeitung im September 2019 von der DuMont-Mediengruppe durch das ostdeutsche Unternehmerpaar Silke und Holger Friedrich hatte für viel Aufsehen gesorgt. Holger Friedrich hat nach dem Informatik-Studium eine IT-Firma gegründet und diese später für einen Millionenbetrag an SAP verkauft. Seine Frau Silke Friedrich leitet die Metropolitan School, eine der bekanntesten Schulen der Stadt und hat zuvor das E-Werk an bekannten Veranstaltungsort in Berlin etabliert.

Größter Zeitungsverlag der DDR

Der Berliner Verlag wurde 1945 im Ostteil Berlins als Zeitungs- und Zeitschriftenverlag gegründet. Zu DDR-Zeiten erschienen dort unter anderem die „Wochenpost“, „FF dabei“, die Unterhaltungszeitschrift „Für Dich“ und als erste deutsche Tageszeitung nach dem Zweiten Weltkrieg die „Berliner Zeitung“.

Nach der Wiedervereinigung 1990 ging der Verlag an den westdeutschen Medienkonzern „Gruner + Jahr“ und wurde später weiterverkauft. Das Ehepaar Friedrich schrieb nach dem Kauf des Verlages:

„Wir hoffen, mit unserem Erwerb des Berliner Verlags einen Beitrag bürgerlichen Engagements leisten zu können, einen Beitrag zur außerparlamentarischen Opposition in neuem Format, auch im Sinne bürgerlicher Selbstermächtigung“.

Die „Berliner Zeitung“ hat nach dem „Tagesspiegel“ und vor der „Berliner Morgenpost“ die zweithöchste Auflage unter den Berliner Abonnementzeitungen und wird vor allem in den östlichen Bezirken der Stadt gelesen.

Zum Relaunch unter den neuen Eigentümern erschien am 8. November eine Sonderausgabe der Zeitung zum Thema „30 Jahre Mauerfall“. Zugleich wurde die neue Online-Version der Zeitung präsentiert, bei der man nun zwischen den Sprachen Deutsch, Englisch und Russisch wählen kann.

telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK:

Wie zuvor mitgeteilt wurde, haben die BFU heute um 15:30 das Feuer auf die Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks im Westen von Donezk mit Granatwerfern und Schusswaffen eröffnet.

In der Folge des Beschusses erlitt ein Mann, geb. 1965, wohnhaft in der Schestakow-Straße 139 eine Schussverletzung im mittleren Drittel des rechten Oberschenkels. Der Verletzte wurde in das Stadtkrankenhaus Nr. 14 eingeliefert.

Außerdem wurden Schäden an folgenden Gebäuden festgestellt:

- Karnawalnaja-Straße 30 (Gasleitung);
- Tschernogorskaja-Straße 44 (Fensterverglasung und Wirtschaftsgebäude);
- Lugowskij-Straße 40 (Zaun, Gasleitung);
- Dshamil-Straße 11 (Fensterverglasung und Fassade).

Genauere Informationen werden ermittelt.

de.sputniknews.com: **Vor Venezuelas Küste: Spezia Schiff der russischen „Geheimflotte“ gesichtet**

Einen Monat ist es her, dass das Forschungsschiff „Jantar“ aus dem Heimathafen ausgelaufen ist – Zielort unbekannt. Vergangenes Wochenende ist es in Trinidad und Tobago gesehen worden. Die „Jantar“ zählt zu einer Spezialabteilung der russischen Marine.

Die Hauptabteilung für Tiefseeforschung der russischen Marine gilt gemeinhin als „Russlands Geheimflotte“. Dieser Spezialabteilung gehört die „Jantar“ an. An Bord des russischen Forschungsschiffs ist alles vorhanden, was zur Durchführung von Arbeiten am Meeresgrund erforderlich ist – auch ein Tieftauchgerät inklusiver mehrerer Steuerungssysteme, schreibt das Magazin „Forbes“.

Die „Jantar“ wird mitunter als Spionageschiff bezeichnet. Westliche Medien wurden darauf aufmerksam, weil das Schiff häufig in der Nähe jener Stellen gesichtet wurde, wo Unterwasserkabel verlaufen. Es wird vermutet, die russische Marine nutze das Forschungsschiff, um Abhörsysteme an den Kommunikationsleitungen zu installieren. Von Seiten Russlands wurde dies jedoch mehrmals dementiert.

Die wahre Aufgabe der „Jantar“ ist unbekannt, bei der russischen Marine wird es geführt als „ozeanografisches Forschungsschiff“. Medienberichten zufolge wurde das Spezia Schiff am Untergangsort des Atom-U-Boots „Komsomolez“ unweit der norwegischen Küste ebenso gesehen wie am Absturzort russischer Kampffjets in der Nähe Syriens. Auch soll die „Jantar“ an der Suche nach dem argentinischen U-Boot „San Juan“ beteiligt gewesen sein.

Vergangenen Freitag war das russische Forschungsschiff in Trinidad und Tobago angekommen, am Sonntag darauf lief es wieder aus dem Hafen aus.

Armiyadnr.su: Dringende Mitteilung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR

Der Gegner destabilisiert weiter die Situation an der Kontaktlinie. Dabei verletzen die unkontrollierten Kämpfer grob die Minsker Vereinbarungen und beschießen zielgerichtet zivile Infrastruktur und Häuser friedlicher Einwohner.

Um 15:35 haben die Strafruppen der 28. Brigade unter Führung von Martschenko das Feuer mit Antipanzergranatwerfern und Schusswaffen auf Trudowskije im Petrowskij-Bezirk von Donezk eröffnet. In der Folge des Beschusses wurde ein friedlicher Einwohner, geb. 1965, verletzt, der mit zahlreichen Splitterverletzungen in ein Stadtkrankenhaus von Donezk eingeliefert wurde. Außerdem wurden private Häuser in der Tschernogorskaja-Straße 44, der Dshamil-Straße 11 beschädigt, außerdem Gasleitung in der Lugowskij-Straße 30 und der Karnawalnaja-Straße 30. Der Zugang der Mitarbeitern des Gasdienstes zur Beseitigung der Schäden ist aufgrund der Gefahr einer Wiederaufnahme der Beschüsse erschwert.

Zusätzliche Informationen über Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur und Verletzten unter der friedlichen Bevölkerung werden noch ermittelt.

Wir rufen die internationalen Beobachter der OSZE-Mission auf, sich in das Geschehen einzumischen und Einfluss auf die BFU auszuüben, um sie zur Einhaltung eines nachhaltigen Regimes der Feueinstellung zu zwingen.

abends:

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK:

Wie zuvor mitgeteilt wurde, wurden in der Folge eines Beschusses von Seiten der BFU eine Niederdruckgasleitung in der Karnawalnaja- und der Lugowskij-Straße beschädigt.

Eine Störungsbrigade des staatlichen Unternehmens „Donbasstransgas“ hat die Reparaturarbeiten abgeschlossen.

de.sputniknews.com: Russland kann Krieg auslösen“: Moskau empört über Worte von britischem General

Die russische Botschaft in London hat eine Protestnote an das britische Außenministerium nach den Aussagen des Chefs des Verteidigungsstabs des Vereinigten Königreichs, General Nick Carter, gerichtet. Carter hatte zuvor Russland als „draufgängerisch“ bezeichnet und vor einem neuen Weltkrieg gewarnt.

Konkret geht es um Carters Äußerungen in einer TV-Sendung sowie seinen Beitrag für die Zeitung „The Telegraph“ mit dem Titel „Draufgängerisches Russland kann zufällig neuen Krieg auslösen“ (Reckless Russia could trigger a new war).

Die russische Botschaft beklagte in ihrer Protestnote, der hochrangige britische General habe den Lesern und Zuschauern ganz bewusst den Eindruck vermitteln wollen, dass Russlands Politik zu einem bewaffneten Konflikt mit Großbritannien führen könnte.

Das „legitime Vorgehen“ Russlands wie etwa die Unterstützung der syrischen Regierung im Kampf gegen den Terror und die Umsetzung humanitärer Projekte in Afrika habe Carter als Gefahren für die Sicherheit präsentiert, die mit dem Risiko eines militärischen Überfalls vergleichbar seien.

„Darüber hinaus hat Carter die Thesen des Moderators Marr, dass sich Großbritannien derzeit im Cyberkrieg-Zustand mit Russland befinde, faktisch unterstützt (oder auf jeden Fall nicht bestritten)“, hieß es in der Erklärung der Botschaft.

Die russischen Diplomaten bewerteten diese Aussagen als „rücksichtslos“ und Teil der konsequenten Agenda zur Förderung des Feindbildes Russland.

armiyadnr.su: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR

am 13.11.2019

Eine Folge des von ukrainischen Radikalen begangenen Anschlags auf den Kommandeur der 128. Gebirgsschützenbrigade Korostelew ist die Aktivierung des Widerstand des Kommandos des Stabs der OOS gegen die nationalistischen Formationen auch an anderen Abschnitten der Kontaktlinie. So wurden heute um 13:00 von den Positionen des 37. Bataillons der 56. Panzergrenadierbrigade im Gebiet von Opytnoje aus Positionen der Spezialeinheit „Kiew“, deren Basis Maidan-Aktivistinnen bilden, mit Granatwerfern beschossen. Soldaten der ukrainischen Streitkräfte schossen 40 Granaten auf die Nationalisten ab. Verluste unter dem Personal werden noch ermittelt.

Gleichzeitig liegen uns zusätzliche Informationen über den Vorfall von ukrainischen Freiwilligen im Zusammenhang mit dem gestrigen Terrorakt gegen den Kommandeur der 128. Gebirgsschützenbrigade vor. So ereignete sich bei der Evakuierung der verletzten Soldaten auf der Route ins Krankenhaus ein Verkehrsunfall mit einem zivilen Fahrzeug, in dessen Folge der Sanitätsführer Rachmana ein Hirn-Schädel-Trauma erlitt und der Fahrer des zivilen Fahrzeugs mit Rippenbrüchen ins Krankenhaus eingeliefert wurde.

14.11.2019

vormittags:

de.sputniknews.com: **Zwei Tote und drei Verletzte bei Schießerei in Berufsschule in russischem Fernost**

In der russischen Stadt Blagoweschtschensk sind in einer Berufsschule tödliche Schüsse abgegeben worden. Dabei mussten zwei Menschen ihr Leben lassen.

Nach einer Schießerei in der fernöstlichen Stadt Blagoweschtschensk gibt es insgesamt zwei Tote und drei Verletzte zu beklagen. Schauplatz war die Berufsschule für Bauwesen und Kommunalwirtschaft.

Offizielle Erklärung vom Innenministerium

Laut einer offiziellen Mitteilung der lokalen Verwaltung des russischen Innenministeriums trat am Donnerstagmorgen (Ortszeit) ein junger Mann an Mitarbeiter einer Polizeistreife, die gerade im Dienst waren, auf der Straße heran, und setzte sie darüber in Kenntnis, dass ein Unbekannter in einer naheliegenden Berufsschule Schüsse abgegeben hätte.

Vor Ort stießen die Beamten im zweiten Stock auf einen bewaffneten Bürger. Dieser schoss in Richtung der Polizisten, die Gegenfeuer eröffneten. Dank dem operativen Vorgehen der Polizeibeamten konnte der Berufsschüler schließlich in einem Unterrichtsraum überwältigt werden. Zugleich konnten die Beamten alle Auszubildenden und Lehrer aus dem Gebäude evakuieren. Am Tatort stießen die Polizisten auf die Leichen zweier junger Männer. Einer der Toten ist laut Angaben der Schütze. Vorläufigen Angaben nach wurden drei weitere Menschen verletzt.

Weitere Details

Bei dem Täter handelt es sich laut dem russischen Ermittlungskomitee um einen 19 Jahre alten Auszubildenden, der einen 19-jährigen Kommilitonen getötet und drei weitere im Alter von 17, 18 und 20 Jahren verletzt hat. Danach richtete er sich selbst. Laut der Behörde fungierte der junge Mann mit einer Jagdflinte, die von ihm offiziell registriert worden war. Eine Ermittlung sei bereits eingeleitet worden.

Mögliches Motiv

Laut vorläufigen Polizeiangaben könnten die Bluttat Konflikte mit Altersgenossen ausgelöst haben. Einem Berufsschüler zufolge ist der Täter gemobbt worden.

lug-info.com: In den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen **viermal das „Regime der Ruhe“ im Verantwortungsbereich der LVR verletzt**. Dies teilte die Vertretung der LVR im GZKK mit.

Beschossen wurden die Gebiete von Kalinowo, Kalinowka und Nishneje Losowoje. Geschossen wurden mit 82mm-Mörsern und Granatwerfern.

de.sputniknews.com: **Russland ist ein „strategisches Problem“ der EU – Tusk**

Der scheidende Präsident des Europäischen Rates, Donald Tusk, erachtet Russland nicht als „strategischen Partner“. Die Zeitung „The Financial Times“ zitiert Tusk am Donnerstag. „Ich musste andere (Regierungschefs der EU – Anm. d. Red.) fast jede Woche öffentlich daran erinnern, dass Russland nicht unser „strategischer Partner“, sondern unser „strategisches Problem“ ist. Ich wurde sogar als ‚Monomane‘ dafür bezeichnet, dass ich so auf dieses Thema fokussiert war“, äußerte Tusk bei einer Eröffnungsrede des neuen Schuljahres am College of Europe in der belgischen Stadt Brügge am Mittwoch. Laut Tusk war eine seiner wichtigsten Aufgaben als Vorsitzender des Europäischen Rates die Bewahrung der „Einheit der EU“; die „aggressive Politik des Kremls“ sei dabei ein Hindernis gewesen. Zudem erwähnte er, dass seiner Meinung nach Russlands Präsident Wladimir Putin die Strategie verfolge, nicht nur „die Kontrolle über die Gebiete der ehemaligen Sowjetunion wiederzuerlangen, sondern auch die EU systematisch zu schwächen, indem interne Spaltungen angestachelt werden“.

Tusk: „erfolgreiche Politik“

Tusk meinte zudem, dass seine Politik erfolgreich war, da die Europäische Union während seiner Amtszeit als EU-Ratspräsident die „Einheit, auch in Bezug auf Sanktionen“ gegenüber Russland gewahrt hatte.

Darüber hinaus teilte er seine Bedenken über die versuchte Annäherung von Macron an Russland.

„Präsident Macron sagte, dass er dieselben Ansichten zu diesem Thema teile wie (der ungarische Premier) Viktor Orban und er hoffe, dass Orban dazu beitragen wird, die Polen davon zu überzeugen, ihre Meinung bezüglich Russland zu ändern“, sagte er. „Vielleicht, doch ich nicht, Emmanuel“.

Donald Tusk ist der Präsident des Europäischen Rates. Von 2007 bis 2014 bekleidete er das Amt des polnischen Premiers. Seine Amtszeit als EU-Ratspräsident läuft Ende des Monats aus.

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 13. November 3:00 bis 14. November 3:00

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die **Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 15**. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Dolomitnoje, Schirokaja Balka, Spartak, Donezk (Terminal des Flughafens, Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Petrowskoje, Kulikowo**.

Wie zuvor mitgeteilt wurde, erlitt ein Mann, geb. 1965, wohnhaus Schestakow-Straße 139, in der Folge eines Beschusses der BFU auf die Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks ein Schussverletzung am mittleren Drittel des linken und rechten Oberschenkels. Der Verletzte wurde in das Stadtkrankenhaus Nr. 14 eingeliefert.

Außerdem wurden folgende Schäden festgestellt:

- Karnawalnaja-Straße 30 (Gasleitung);
- Tschernogorskaja-Straße 44 (Fensterverglasung und Wirtschaftsgebäude);
- Lugowskij-Straße 40 (Zaun, Gasleitung);
- Dshamil-Straße 11 (Fensterverglasung und Fassade).

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 329.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der abgefeuerten Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik der Zahl der Geschosse im täglichen Bericht eingeht.

In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 147.

Ab 01:01 am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: **Russlands Interkontinentalrakete Jars nun auf Schiene stationierbar**

Während die Entwicklung des gefürchteten Atomraketenzuges offenbar weiter ruht, ist in Russland eine neue Modifikation der Interkontinentalrakete Jars gebaut worden, die auch auf Zügen stationierbar ist. Das teilte Juri Solomonow, Generalkonstrukteur des Moskauer Instituts für Wärmetechnik (MIT), mit.

„Wir haben jetzt Jars mit verschiedenen Stationierungsoptionen gebaut: Sowohl auf Fahrzeug als auch im Silo oder auf der Schiene – überall dieselbe Rakete“, sagte Solomonow der Militärzeitschrift „Nationalnaja Oborona“.

Die Jars-Rakete wurde 2007 erstmals getestet. Ihr Vorteil gegenüber dem Vorgänger Topol-M ist der aus mehreren unabhängig steuerbaren Sprengköpfen bestehende Mehrfach-Gefechtskopf, der mehrere Ziele gleichzeitig angreifen kann und Abwehrmaßnahmen erschwert. Sowohl Topol-M als auch Jars und die U-Boot-gestützte Rakete Bulawa sind am Moskauer Institut für Wärmetechnik unter der Leitung Juri Solomonos entwickelt worden.

Schicksal von Atomraketenzug weiterhin unklar

Russland hatte wegen der Spannungen mit der Nato Ende 2014 angekündigt, erneut Raketenzüge zu bauen. Die sogenannten Eisenbahn-Raketenkomplexe (BZRK) waren im Kalten Krieg eine gefürchtete Waffe der Sowjetunion, denn die mit Interkontinentalraketen ausgerüsteten Schienenfahrzeuge waren aus der Luft und dem Weltall nur schwer von zivilen Reise- und Güterzügen zu unterscheiden.

Der letzte russische Raketenzug wurde 2005 verschrottet, weil er unter den START-II-Vertrag mit den USA aus dem Jahr 1992 fiel. Der Nachfolgevertrag Start III untersagt den Bau neuer Raketenzüge nicht. Anders als das sowjetische Vorgängersystem Molodez, das wegen der massiven Raketenfracht etwas breiter als ein ziviler Zug war, sollten die Züge der neuen Baureihe „Bargusin“ mit kompakteren Raketen bestückt und daher völlig unauffällig werden. Doch Ende 2017 berichtete die Regierungszeitung „Rossijskaja Gaseta“ unter Verweis auf nicht näher bezeichnete Informanten aus der Rüstungsindustrie, dass das Projekt bis auf Weiteres auf Eis gelegt worden sei. Seitdem gab es keine offiziellen Informationen zur Zukunft des Raketenzuges.

de.sputniknews.com: **Macrons neuer Russland-Kurs – Deutschland hält sich zurück**

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat nach seinem Treffen mit Waldimir Putin im August plötzlich ganz neue Töne angeschlagen und sich für eine Neugestaltung der Beziehungen der EU zu Russland und eine neue europäische Sicherheitsarchitektur ausgesprochen. Die Bundesregierung ist da zurückhaltender, wie eine Anfrage der Linken zeigt.

„Es ist sehr bedauerlich, dass die Bundesregierung im Unterschied zum französischen Präsidenten Emmanuel Macron die Gestaltung eines gesamteuropäischen Raums unter

Einschluss Russlands offenbar nicht ernst nimmt“, erklärt Andrej Hunko, europapolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Bundestag.

Im Spätsommer und Herbst 2019 sprach der französische Präsident Emmanuel Macron über die Notwendigkeit einer grundlegenden Neugestaltung der Beziehungen der EU zu Russland und über eine neue europäische Sicherheitsarchitektur. Vor diesem Hintergrund reichte der Bundestagsabgeordnete Andrej Hunko (DIE LINKE) eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung ein, die nun vom Auswärtigen Amt beantwortet wurde.

Der Bundestagsabgeordnete Hunko zeigt sich mit der Antwort der Bundesregierung nicht zufrieden:

„Die Bundesregierung macht das russische Vorgehen in der Ukraine-Krise zum alles bestimmenden Faktor für die deutsch-russischen Beziehungen. Dabei widerspricht die sie sich allerdings selbst. Laut ihrer Antwort auf meine Anfrage sollen die EU-Sanktionen ‚eine Verhaltensänderung der Russischen Föderation in ihrer Ukraine-Politik‘ bewirken. Zugleich steht in demselben Absatz, dass ‚die den Sanktionen zugrundeliegende politische Lage fortlaufend‘ sei und die Gründe für die Verhängung der Sanktionen weiterhin fortbeständen. Dies zeigt, dass die Sanktionen in den letzten fünf Jahren keinerlei positive Wirkung hatten und in Bezug auf das deklarierte Ziel unwirksam waren. Zugleich haben sie im deutsch-russischen Verhältnis aber großen Schaden angerichtet.“, so Hunko.

Der europapolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Bundestag wünscht sich nach dem Vorbild Macrons mehr Engagement der Bundesregierung in Bezug auf Russland:

„Ich begrüße den neuen Russland-Ansatz des französischen Präsidenten. Hinsichtlich der deutschen Ablehnung zur Idee eines gesamteuropäischen Hauses lässt sich frei nach Michail Gorbatschow festhalten: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Noch sind die Chancen für ein gemeinsames Haus Europa nicht verpasst.“

Lug-info.com: Der 91. Konvoi des Zivilschutzministeriums Russlands mit humanitärer Hilfe für die Einwohner des Donbass ist in Lugansk eingetroffen.

Das Zivilschutzministerium der LVR teilte mit, dass 14 Lastwagen 142,7 Tonnen humanitäre Hilfe nach Lugansk geliefert haben. Darunter sind 17.960 Lebensmittelpakete für Kinder unter einem Jahr und 7320 Lebensmittelpakete für Kinder von einem bis drei Jahren.

rusvesna.su: Ein DVR-Befehl verbot Journalisten, an die Frontlinie zu gehen

Der DVR-Befehl verbietet Journalisten, an die vorderste Front zu gehen.

Ab dem 13. November 2019 ist der Besuch von Medienvertretern an der Frontlinie der DVR-Volksmiliz verboten. Diese Angabe gilt auch für russische Militärberichterstatter.

Dies wurde vom Korrespondenten des Senders "Russland 1" Alexander Sladkov gemeldet.

"Ein Vertreter des Pressedienstes der Volksmiliz der DVR heute (12. November - ca. RV) um 09:45 Uhr berichtete, dass ab dem 13. November 2019 die Reise von Journalisten zu den Einheiten der DVR Miliz verboten ist. Alle Videoinformationen werden vom Pressedienst selbst zur Verfügung gestellt.

Der formale Grund ist das Anliegen für die Sicherheit der Medienmitarbeiter.

Vor zwei Tagen gab der Pressedienst bekannt, dass das VGTRK-Filmteam von der ukrainischen Artillerie getroffen wurde. In Moskau wurde diese Information nicht bestätigt“, schrieb er auf seiner Seite im sozialen Netzwerk.

Der berühmte Militärberichterstatter Alexander Kots äußerte sich ebenfalls zu dieser Entscheidung.

„Meiner Meinung nach ist dies völliger Unsinn und führt zu Informationstrennung. Zu Selbstisolation, um genau zu sein.

Ich weiß nicht genau, wie der Pressedienst der DVR Volksmiliz bei allem Respekt Berichte auf dem Niveau von Sladkov, Poddubny oder Dolgachev erstellen wird. Mit Einfühlungsvermögen, mit Emotionen, mit lebenden Menschen, nicht mit sprechenden

Köpfen.

Eine seltsame Entscheidung, da es in der DVR keine offen feindlichen Journalisten gibt. Sorge um die Sicherheit im sechsten Kriegsjahr zu erklären, ist eine zu offensichtliche List. “

de.sputniknews.com: **Sechste russisch-türkische Patrouille nahe syrischer Stadt Kamischli gestartet**

Die sechste gemeinsame Patrouille Russlands und der Türkei hat am Donnerstag nördlich der Stadt Kamischli (Qamischli) begonnen. Dies teilte das russische Verteidigungsministerium mit.

„Am 14. November ab 10:00 Uhr hat die sechste gemeinsame Patrouille der russischen Militärpolizei und der Streitkräfte der Türkei ihre Arbeit in einem Grenzbezirk aufgenommen, der sich mehrere Kilometer nördlich der Ortschaft Kamischli entfernt befindet“, heißt es in einer offiziellen Mitteilung.

Die Patrouille beginne beim Grenzübergang der Ortschaft Sheyrek und verlaufe entlang der syrisch-türkischen Grenze. Auf ihrer Route werde sich die Patrouille ein Bild von der Lage in den syrischen Ortschaften machen.

Die Soldaten sollen mit gepanzerten Fahrzeugen der Typen „Tigr“ und „Kirpi“ befördert werden. Eine Drohne der russischen Militärpolizei des Typs „Orlan-10“ soll die Bewegung der Fahrzeugkolonne in Echtzeit überwachen.

Memorandum zwischen Russland und der Türkei

Am 22. Oktober hatten die Staatsefs Russlands und der Türkei, Wladimir Putin und Recep Tayyip Erdogan, in fast siebenstündigen Verhandlungen in Sotschi ein Memorandum unterzeichnet, das zehn Punkte umfasst. Demnach sollen die russische Militärpolizei und der syrische Grenzdienst beim Abzug der kurdischen Volksmilizen und ihrer Waffen aus der 30-Kilometer-Pufferzone an der syrisch-türkischen Grenze Unterstützung leisten.

Dan-news.info: Der 91. humanitäre Konvoi des Zivilschutzministeriums der RF ist in der Hauptstadt der DVR eingetroffen. Es wurden 42.240 Lebensmittelpakete für Kinder bis drei Jahre geliefert.

de.sputniknews.com: **Russland verlegt Kampfhubschrauber und Fla-System nach Nordsyrien**

Das russische Militär, das seit Jahren in Syrien präsent ist, hat im Norden des Landes laut einem TV-Bericht eine Hubschrauberstaffel stationiert. Die Maschinen sollen auf Dauer auf dem Flughafen Qamischli in unmittelbarer Grenznähe zur Türkei bleiben. Russland und die Türkei patrouillieren seit Tagen gemeinsam im Grenzgebiet.

Die Kampfhubschrauber seien vom russischen Luftwaffenstützpunkt Hmeimim im ostsyrischen Latakia verlegt worden, berichtet der dem russischen Verteidigungsministerium nahestehende Fernsehsender Swesda. Gleichzeitig sei ein Kurzstrecken-Flugabwehrraketensystem des Typs Panzir-S (Nato-Code: SA-22 Greyhound) in Qamischli in Stellung gegangen, um die Hubschrauber vor Luftangriffen zu verteidigen.

„Ein historischer Moment: Unsere Luftwaffen-Gruppierung wird sich von diesem Tag an ständig auf dem Flugplatz Qamischli befinden“, heißt es im Bericht.

Gemeinsame Patrouillen

Der türkische Präsident, Recep Tayyip Erdogan, und Russlands Staatschef Wladimir Putin hatten sich am 22. Oktober auf gemeinsame Patrouillen im türkisch-syrischen Grenzgebiet geeinigt. Laut der Vereinbarung wurden auf der syrischen Seite der Grenze russische Militärpolizisten und syrische Grenzsoldaten eingesetzt, um den Abzug der kurdischen Milizen aus einem Gebiet bis zu 30 Kilometer von der türkischen Grenze entfernt zu unterstützen.

Nach dem Abzug der Kurden begannen Russland und die Türkei mit Patrouillen. Russland

setzt dazu Hubschrauber ein, die aus Sicherheitsgründen im Tiefflug (unter 50 Meter) die Gegend umfliegen.

nachmittags:

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 14.11.2019

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer **15 Mal** das Feuer auf Gebiete von Ortschaften der Republik eröffnet.

In Richtung Gorlowka haben Strafsoldaten Kaschtschenkos aus der 58. Brigade und Schapowalows aus der 59. Brigade **Dolomitnoje und Schirokaja Balka** mit 82mm-Mörsern und Schusswaffen beschossen.

In Richtung Donezk haben Kämpfer Martschenkos aus der 28. und Iwanows aus der 56. Brigade der BFU die Gebiete von Spartak, der **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks und des Donezker Flughafens** mit 82mm-Mörsern, Abwehrgeschützen, Schützenpanzerwaffen, Antipanzergranatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen.

In Richtung Mariupol haben Kämpfer der 36. Brigade Gnatows und des kommissarischen Kommandeurs der 128. Brigade Gontscharuk die Gebiete von Petrowskoje und Kulikowo mit Schützenpanzerwaffen, automatischen Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Insgesamt haben die ukrainischen Kämpfer auf das Territorium der Republik 329 verschiedene Geschosse abgefeuert.

In der Folge des Beschusses der Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks in Donez erlitt ein friedlicher Einwohner, geb. 1965, eine Verletzung, außerdem wurden zwei Wohnhäuser in der Tschnogorskaja-Straße 44 und der Dshamil-Straße 11, zwei Gasleitungen in der Karnawalnaja-Straße 30 und der Lugowskij-Straße 40 beschädigt. Eine Störungsbrigade des staatlichen Unternehmens „Donbasstransgas“ hat Reparaturarbeiten zur Beseitigung der Schäden an der Gasleitung durchgeführt und die Gasversorgung wieder in Betrieb genommen. Informationen über Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur und Verletzte unter der friedlichen Bevölkerung werden noch ermittelt.

Die Verteidiger der Republik kontrollieren die Handlungen des Gegners an der gesamten Kontaktlinie und halten dabei das Regime der Feuereinstellung ein.

Um Ermittlungen zum Terrorakt gegen den Kommandeur der 128. Gebirgstruppenbrigade durchzuführen, ist in dem Verband eine Kommission des Stabs der OOS und des militärischen Rechtsordnungsdienstes eingetroffen. Im Gebiet von Bogdanowka wurden Festnahmen und Entwaffnungen von Nationalisten festgestellt, außerdem wurden bewaffnete Auseinandersetzungen regulärer Einheiten der BFU mit Radikalen bemerkt. Es gibt Verluste auf beiden Seiten.

Um die Nationalisten zu unterstützen, sind in der OOS-Zone Gruppen von Mitgliedern der ukrainischen Organisation „Ethnische nationale Vereinigung“ (ENV) eingetroffen. Es wurde festgestellt, dass die ENV gegründet wurde, um die ukrainischen nationalistischen Formationen zu koordinieren und zu unterstützen.

So wurde der Terrorakt zum Impuls für eine breite innenpolitische Verschärfung nicht nur in der OOS-Zone, sondern auch in der Tiefe des Landes und er ist auf die Diskreditierung des derzeitigen Präsidenten der Ukraine und seinen Sturz gerichtet.

Eine Bestätigung dieses Sachverhalts ist die Erklärung des Ex-Leiters des „Rechten Sektors“, des Nationalisten der UDA D. Jarosch, dass die Zeit gekommen sei, sich auf eine vorzeitige Beendigung der Vollmachten des Präsidenten und des Parlaments vorzubereiten.

Wir stellen weiter fest, dass in der Ukraine das Gesetz „Über die materielle

Verantwortlichkeit von Soldaten“ angenommen wurde, gemäß dem Funktionsträger eine materielle Verantwortung für ihnen zugewiesenes Material tragen. So wurde uns bekannt, dass gemäß einer Verordnung des Leiters des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte Generalleutnant R. Chomtschak die Kommandeure von Truppenteilen angewiesen wurden, bis zum 1. Dezember alle Drohnen, die sich in Reparatur befinden, in die Lager zu geben. Aber im Zusammenhang damit, dass die Drohnen bereits lange verkauft wurden und nur auf dem Papier in Reparatur sind, planen die für sie verantwortlichen Personen einen vorsätzlichen Brand der Reparaturwerkstätten.

de.sputniknews.com: **Humanitäre Hilfe für die Ukraine: Österreich stellt eine Million Euro**

Österreich hat der Ukraine bereits eine Million Euro der vorgesehenen 37 Millionen als humanitäre Unterstützung bereitgestellt. Diese erklärte der österreichische Außenminister Alexander Schallenberg bei einem Briefing in Kiew.

Bei dem heutigen Briefing mit dem ukrainischen Amtskollegen Wadim Pristajko, das ukrainische Medien gezeigt haben, bestätigte Schallenberg, dass die erste Tranche im Wert von einer Million bereits zur Verfügung gestellt worden sei.

Demnach seien 37 Millionen Euro geplant. Österreichs Außenminister verwies darauf, dass die Länder vieljährige Traditionen bei der Bereitstellung humanitärer Unterstützung hätten und Österreich weiter der Ukraine helfen werde.

Österreichs Außenminister war am Mittwoch in die Ukraine gereist.

Am ersten Tag seines Besuchs hatte er eine Reihe von Treffen:

„Das hervorragende Verhältnis zwischen Österreich und der Ukraine hat sich vor allem seit unserem OSZE-Vorsitz im Jahr 2017 sehr dynamisch entwickelt“, sagte er.

Ministerrat beschloss eine Million Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds

Am 6. November erklärte Schallenberg wörtlich: „Österreich unterstützt die Ukraine in der seit über fünf Jahren andauernden Krise. Mit der Bereitstellung von einer Million Euro wollen wir den humanitären Zugang erleichtern und Entminungsaktionen in den Konfliktregionen unterstützen.“

mil-lnr.info: **Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I.M. Filiponenko**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner viermal das Regime der Feueereinstellung verletzt. **In Richtung Debalzewo** haben Kämpfer der 59. Brigade der ukrainischen Streitkräfte auf Befehl des Verbrechers Schapowalow die **Gebiete von Nishneje Losowoje und Kalinowka** mit 82mm-Mörsern und automatischen Grandwerfern beschossen und 14 Mörsergeschosse und zehn Granaten abgefeuert.

In Richtung Popasnaja haben Straftruppen der 72. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Bogomolow zehn Schüsse mit Granatwerfern auf **Kalinowo** abgegeben.

Insgesamt wurden 30 verschiedene Geschosse auf das Territorium der Republik abgeschossen.

Die ukrainischen Besatzer nutzen weiter Objekte der zivilen Infrastruktur zur Stationierung von Waffen und Militärtechnik.

Unsere Aufklärung stellt die Stationierung von sechs Panzertransportern in unmittelbarer Nähe von Wohnhäusern in Stschastje und von einem Panzertransporter in Rajgorodok mit. Diese Informationen werden auch von der OSZE-Mission bestätigt...

Nach Angaben von Quellen hat am 13. November ein Soldat der 46. Luftsturmbrigade in Gejewka in betrunkenem Zustand versucht, sich das Auto eines örtlichen Einwohners anzueignen, indem er ihn mit der Waffe bedrohte. Der Soldat wurde von Mitarbeitern der Polizei festgenommen und dem militärischen Rechtsordnungsdienst übergeben. ...

dnronline.su: Beim Arbeits- und Sozialministerium der DVR fand eine **Sitzung zur Frage der Senkung der Zahl der Berufserkrankungen in der Unternehmen der DVR** statt, an der Vertreter der Generalstaatsanwaltschaft, der Kohle- und Energieministeriums, des Gesundheitsministeriums, des Sozialversicherungsfonds für Arbeitsunfälle und Berufserkrankungen, des staatlichen Komitees für technische und Bergbauaufsicht, des Sozialversicherungsfonds für zeitweilige Arbeitsunfähigkeit und Mutterschutz, der staatlichen Inspektion für Fragen der Einhaltung der Arbeitsgesetzgebung, der Gewerkschaftsföderation, des republikanischen Zentrums für sanitärepidemiologische Aufsicht, des republikanischen Zentrums für medizinisch-soziale Expertise, des republikanischen klinischen Krankenhauses für Berufserkrankungen sowie der Bevollmächtigten für Fragen von Arbeitsschutz in den staatlichen Bergwerken „Toresantrazit“ und „Komsomolez Donbassa“.

Der stellvertretende Arbeits- und Sozialminister Denis Streltschenko erläuterte, dass die Aktualität der Veranstaltung durch ein Anwachsen von Berufserkrankungen in der Republik im Vergleich zu 2017 und 2018 bedingt ist. ...

Nach den Worten des Vorsitzenden des Sozialversicherungsfonds für Arbeitsunfälle und Berufserkrankungen Wladimir Arnow haben Spezialisten des Fonds in den ersten 9 Monaten 2019 194 Fälle von Berufserkrankungen erfasst und untersucht. Im analogen Zeitraum 2018 und 2017 waren es 164 bzw. 147 Fälle. Bei den kohlefördernden Betrieben war es 187 Fälle, 2018 bzw. 2017 160 bzw. 142.

Er unterstrich, dass die Ursachen für Berufserkrankungen nicht nur ungünstige schwere und schädliche Produktionsfaktoren sind, die die geltenden Kennziffern übersteigen, die Unvollkommenheit von Produktionstechnologien und Ausrüstung sind, sondern auch das Fehlen von individuellen und kollektiven Schutzmitteln, das Ignorieren von prophylaktischen und Rehabilitationsmaßnahmen. Ausgehend davon ist es notwendig, Fragen der Erhöhung der Verantwortlichkeit der Leiter für die Organisation des Arbeitsschutzes in konkreten Unternehmen aufzuwerfen.

Außerdem wurden Fragen wie die Qualität medizinischer Untersuchungen, von Prophylaxe- und Rehabilitationsmaßnahmen erörtert.

Im Ergebnis schlugen die Teilnehmer eine Liste konkreter Maßnahmen für die Unternehmen der Republik vor, unter anderem für den Kohlebergbau.

de.sputniknews.com: **Russland, China und Indien arbeiten an Alternative zu SWIFT-Zahlungssystem**

Moskau, Peking und Neu-Delhi untersuchen eine Alternative zum Zahlungsmechanismus SWIFT, um den Handel mit Ländern zu erleichtern, gegen die die USA Sanktionen verhängt haben. Dies berichtet die indische Zeitung „The Economic Times“ unter Verweis auf ihre Quellen, die mit der Angelegenheit vertraut sind.

Demnach soll das russische Finanznachrichtensystem SPFS mit dem chinesischen grenzüberschreitenden Interbankenzahlungssystem CIPS verbunden werden. Da Indien noch kein eigenes Finanznachrichtensystem habe, plane es, die Plattform der Zentralbank Russlands mit einem Dienst zu verbinden, der derzeit noch entwickelt werde.

Das System solle nach dem „Gateway“-Modell funktionieren, sodass jedes Finanzsystem Nachrichten über Zahlungen entsprechend umschlüsselt. Jedes Teilnehmerland werde also seine eigene Plattform einsetzen können.

Die Zeitung verweist unter anderem darauf, dass Indien seine Öleinfuhren aus dem Iran im Mai 2019 im Einklang mit den von den USA verhängten Sanktionen eingestellt hat.

Das Thema eines alternativen Zahlungsmechanismus zu SWIFT könnte auf der Tagesordnung des aktuellen BRICS-Gipfels in Brasilia stehen, so die Quellen.

Im Juli 2019 hatte die Zeitung über den Beschluss Indiens berichtet, die in Russland angeschafften Rüstungsgüter in Euro zu bezahlen.

SWIFT (Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication) ist eine im Jahr 1973

zur Beschleunigung des internationalen Zahlungsverkehrs sowie der Nachrichtenübermittlung gegründete Organisation. An das Zahlungssystem SWIFT sind mehr als 10.800 größere Organisationen in mehr als 200 Ländern angeschlossen.

Trotzdem hatte die russische Notenbank eine Alternative zum SWIFT-System, also ein eigenes Finanznachrichtensystem (SPFS), geschaffen, um eine garantierte und unterbrechungsfreie Bereitstellung von elektronischer Nachrichtenübermittlung bei Finanztransaktionen zu gewährleisten.

Lug-info.com/Dan-news.info: Das Projekt zur Integration des Donbass demonstriert die Doppelzüngigkeit der heutigen Regierung der Ukraine, die sie von ihren „Kuratoren“ übernommen haben. Dies erklärte heute der Vorsitzende der gesellschaftlichen Kammer der LVR Alexej Karjakin.

In den sozialen Netzwerken war ein Entwurf einer staatlichen Strategie zur sicheren Reintegration des Donbass verbreitet worden, der vom Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine verbreitet worden war. Insbesondere sieht er die Umsiedlung der Einwohner der Republiken zum Zwecke ihrer „Reukrainisierung“ in zentrale und westlichen Regionen der Ukraine vor.

„Fast ein halbes Jahr hat dieser grüne Clown (Selenskij) die Gehirne gepudert und eine möglichst friedliche Regelung des Konflikts und eine „mentale Rückkehr“ der Bürger versprochen und was kommt tatsächlich heraus? Nach den ins Netz geratenen Dokumenten gibt uns der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine einen Monat, um den Donbass zu verlassen. Und wenn man das nicht tut – was dann? Die Nationalisten werden die Verbliebenen mit der gesamten Härte der Verfassung der „unabhängigen Ukraine“ und gemäß ihren faschistischen Idolen verurteilen“, sagte Karjakin.

„Das ist noch schärfer als die vielseitigen Pläne der vorhergehenden Sprachrohre Kiews. Denn jetzt bestätigt der hirnlose Präsident offen, dass er nur das Land will, verbrannte Erde ohne Bevölkerung“, erklärte er. ...

„Aber nun nach den Wahlen hat man in Kiew beschlossen, die friedliebenden Pläne zu vergessen und hat das wahre Gesicht des ukrainischen faschistischen politischen Kurses gezeigt. Man hat nicht vor, mit den Bürgern zu verhandeln, das Volk soll unterdrückt werden, denn dafür braucht man keinen Verstand. Aber in Kiew hat man offensichtlich bis heute nicht verstanden: Der Donbass wird niemals im Staatsverband der Ukraine sein“, sagte im Zusammenhang mit diesen Dokumenten der Abgeordnete des Volkssowjets der DVR Wladimir Medwedjew.

Rusvesna.su: **Die UN nannten den Konflikt im Donbass "den ältesten der Welt"**

Die Vereinten Nationen nannten den Konflikt im Donbass „den ältesten der Welt“, da 30% der Bürger, die unter den Ereignissen leiden, ältere Menschen sind.

Nach Angaben der Vereinten Nationen erhalten mehr als 560.000 ältere Menschen "wegen bürokratischer Hindernisse" keine Rente - das ist die diplomatische Sprache des humanitären Verbrechens von Kiew gegen Bürger, die jahrzehntelang für den ukrainischen Staat gearbeitet haben.

Darüber hinaus erinnerte die Organisation daran, dass infolge des Konflikts 1,4 Millionen Menschen zu Binnenvertriebenen wurden.

Lug-info.com: Das Mitglied des Rats der Gewerkschaftsföderation der LVR, der Vorsitzende der republikanischen Organisation der Arbeiter innovativer und kleiner Unternehmen Andrej Kotschetow hat bei einem Besuch in Brasilien Kollegen über das Geschehen im Donbass berichtet.

Die Gewerkschaftsföderation gab bekannt, dass Kotschetow auf Einladung von Kollegen in Brasilien ist.

„Nach der Ankunft im Staat Rio Grande do Sul, im südlichen Teil des Landes, fand ein Treffen des Vertreters der Gewerkschaftsföderation der LVR mit Aktivisten der Gewerkschaft Sintergs statt, der Beschädigten des Hochschulwesens angehören. Für brasilianische Verhältnisse ist dies eine kleine Gewerkschaft, sie hat etwa 90.000 Mitglieder“, teilte die Gewerkschaftsföderation der LVR mit.

„Der Vertreter der LVR berichtete den brasilianischen Kollegen über die Situation im Donbass, die anhaltende Aggression von Seiten der Ukraine, der Blockade von vier Millionen Einwohnern der LVR und der DVR sowie über die Unterstützung von Seiten Russlands durch humanitäre Hilfe“, heißt es weiter.

Kotschetow teilte mit, dass im Informationsbereich Brasiliens nur offizielle Informationen der ukrainischen Seite zu finden sind, deshalb ist dort sehr wenig von den Ereignissen im Donbass bekannt.

„Und obwohl der Mehrheit unserer brasilianischen Kollegen die Situation im Donbass im allgemeinen bekannt ist, waren viele Einzelheiten für sie völlig neu. Deshalb kamen viele Fragen über die Situation in den Volksrepubliken insgesamt und die Gewerkschaftsbewegung der LVR im besonderen auf. Die Unterhaltung dauerte drei Stunden“, sagte er.

Er fügte hinzu, dass nach dem Regierungsantritt der rechtsradikalen Regierung die Lage der einfachen Werktätigen sich heftig verschlechtert hat.

„Der staatliche Sektor der Ökonomie wird in private Hände gegeben. Dies wirkt sich auf die einfachen Arbeiter negativ aus. Auch die Lehrer sind davon betroffen, die schon seit Monaten nur einen Teil ihrer Löhne erhalten. Dabei versucht die Regierung der Region nicht einmal, einen Dialog zu organisieren. Deshalb haben die Lehrer gemeinsam mit der Gewerkschaft eine langfristige Mahnwache am Gebäude der Verwaltung des Gouverneurs des Staates Rio Grande do Sul organisiert“, berichtete Kotschetow.

„Als sie erfuhren, dass ein Vertreter der LVR in der Stadt ist, luden sie mich ein, mich mit ihnen zu treffen. Dieses Treffen fand direkt vor dem Verwaltungsgebäude statt und wir diskutierten über die Situation im Bildungsbereich des Staates. Die Kollegen erzählten, dass die Mahnwache schon vier Wochen dauert, und weil es keinerlei Reaktion darauf gibt, hat die Lehrgewerkschaft eine Massendemonstration mit einigen tausend Menschen geplant. Ich sprach den Kollegen meine Unterstützung aus, wünschte ihnen Erfolg im Kampf um ihre Rechte“, sagte er.

„Der Besuch ist sehr angefüllt, jeden Tag finden mehrere Treffen statt, bei denen Gewerkschaftsaktivisten eine Menge Fragen über die Situation im Donbass stellen, sich interessieren, mehr wissen wollen, aufrichtig mitfühlen und ihre Unterstützung für die Einwohner der LVR und der DVR äußern“, erzählte Kotschetow.

Dan-news.info: „Eine Videokonferenz der humanitären Untergruppe kann unter der Bedingung stattfinden, dass die ukrainische Seite Informationen über die festgehaltenen Unterstützung der DVR und Garantien für deren prozessuale Freistellung liefert“, teilte die Bevollmächtigte für Menschenrechte in der DVR, die Vertreterin der DVR in der humanitären Untergruppe Darja Morosowa mit.

Sie fügte hinzu, dass die nächste reguläre Sitzung in Minsk am 27. November stattfinden wird.

de.sputniknews.com: **Russland erkennt Jeanine Añez als Interimspräsidentin von Bolivien an**

Russland erkennt Jeanine Añez als Interimspräsidentin von Bolivien an. Das Außenministerium in Moskau hat jedoch seine Besorgnis über die fehlende Parlamentsmehrheit bei der Abstimmung über die Kandidatur der zweiten Vizepräsidentin des Senats geäußert.

Russland erkennt Jeanine Añez als Interimspräsidentin von Bolivien an. Das

Außenministerium in Moskau hat jedoch seine Besorgnis über die fehlende Parlamentsmehrheit bei der Abstimmung über die Kandidatur der zweiten Vizepräsidentin des Senats geäußert.

Die Ereignisse in Bolivien, nach denen es zum Machtwechsel kam, gleichen aus der Sicht des Kremls einem Staatsstreich.

„Alles, was dem Machtwechsel vorausgegangen war, sehen wir als Handlungen an, die einem Staatsstreich ähneln“, sagte der russische Vizeaußenminister, Sergej Rjabkow, am Donnerstag. Es sei klar, dass gerade Añez als Boliviens Staatschefin wahrgenommen werde, bis der neue Präsident gewählt werde. „Das ist eine innere Angelegenheit der bolivianischen Seite“, betonte Rjabkow.

Rücktritt von Morales

Nach massiven Protesten und unter dem Druck des Militärs hatte Präsident Evo Morales am Sonntag seinen Rücktritt erklärt. Nun befindet er sich im Exil in Mexiko. Gemeinsam mit dem Präsidenten hatte auch der bolivianische Vizepräsident, Alvaro Garcia Linera, sein Amt niedergelegt. Linera bezeichnete die Situation als Staatsstreich. Die zweite Vizepräsidentin des Senats, Jeanine Añez, erklärte sich zur Interimspräsidentin und will nun Neuwahlen organisieren.

Früheren Medienberichten zufolge kam zu dem Staatsstreich in Bolivien kurz nach dem Scheitern des großen Lithium-Deals mit dem in Baden-Württemberg beheimateten Unternehmen ACISA. Dank dem Deal sollte Deutschland Zugriff auf die weltweit größten Lithium-Reserven bekommen.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images//32599/00/325990097.jpg>

Ukrinform.de: Prystajko schließt Austritt der Ukraine aus Minsker Abkommen nicht aus
Der ukrainische Außenminister Wadym Prystajko stellt fest, dass die Ukraine aus den Minsker Abkommen austreten kann, falls sich der Prozess verzögert und es keine Fortschritte bei der Umsetzung von allen Parteien gibt.

Das erklärte er in einem Interview mit [bbc.com](https://www.bbc.com).

„Ja, das (Austritt der Ukraine aus den Minsker Abkommen - Red.) ist möglich. Wenn wir sehen werden, dass sich dieser Prozess endlos hinzieht. Das ist eine sehr unpopuläre Aussage und wird unseren westlichen Partnern wahrscheinlich wieder nicht gefallen. Aber Minsk ist für uns kein Selbstwert. Ein Selbstwert ist unser Überleben als Nation. Und wenn wir sehen werden, dass sie nicht funktionieren und das uns in den endlosen Prozess zieht, dann wird früher oder später die Entscheidung getroffen, aus dem Minsker Prozess auszutreten“, sagte Prystajko.

Gleichzeitig merkte er an, dass das Aufgeben von Minsk eine sehr schwierige politische Entscheidung sei.

Wenn das zukünftige Treffen im „Normandie-Format“ ihm zufolge keine Fortschritte zeigen wird, wird dies zweifellos die Möglichkeit der Erreichung des Friedens im Minsker Prozess in Frage stellen.

„Wenn wir (von Normandie-Gesprächen – Red.) zurückkommen, dann wäre es korrekt, uns danach zu fragen. Und wenn wir nichts mitbringen werden, wäre es logisch zu fragen, ob wir diesen Minsk immer noch brauchen“, sagte Prystajko.

dan-news.info: **Kommentar der Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa über die Aussage Pristajkos über den Ausstieg aus den Minsker Vereinbarungen**

Die Informationsprovokationen, die Vertreter der Ukraine mit recht guter Regelmäßigkeit durchführen, sind so häufig und weit von der Realität geworden, dass die berechtigte Frage aufkommt – gibt es auch nur noch einen vernünftigen Menschen, der sie ernst nimmt. Mit der Aussage, dass Kiew den Ausstieg aus dem Minsker Prozess vornehmen wird, wenn dieser „endlos läuft“, stellt Herr Pristajko seine eigene Kompetenz als Außenminister der Ukraine in Frage. Anders ist es schwer zu erklären, warum ein Beamter, der sich als führender Diplomat des ukrainischen Staats ansieht, sich erlauben kann, die absolute Missachtung der Minsker Vereinbarungen zu erklären, die der einzige wirksame Plan für eine friedliche Regelung des Konflikts im Donbass sind. Mit derselben Unbekümmertheit gibt der Außenminister der Ukraine zu verstehen, dass ihm und dem Staat, den er vertritt, alle Anstrengungen der Garantenstaaten der Minsker Vereinbarungen und selbst des UN-Sicherheitsrats, den den Maßnahmenkomplex in einer Resolution gebilligt hat und ihm damit den Status eines internationalen Rechtsaktes gegeben hat, egal sind. Kiew stört auch nicht, dass seine „westlichen Partner“ im Falle eines Scheiterns des Minsker Prozess nicht zufrieden sein werden – Herr Pristajko gibt in seiner Erklärung offen zu, dass ihm diese Folge bewusst ist. Außerdem hat der Chef der ukrainischen Diplomaten versehentlich aus dem Blick verloren, dass nun einmal die ukrainische Seite den Verhandlungsprozess „unendlich“ macht, indem sie ständig die Erörterung und das Fassen von Beschlüssen auf den Sitzung in Minsk sabotiert und vorsätzlich verzögert. Aber nichts von dem Aufgezählten hält die ukrainische Regierung von bis zum äußersten absurden Aussagen ab.

Wir rufen die ukrainischen Vertreter ein weiteres Mal auf, aus der Welt der Illusionen auf unsere irdische Realität zurückzukommen und endlich die einfache Wahrheit zu erkennen – keine einzige provokative Aussage wird helfen, der Erfüllung ihrer Verpflichtungen nach den Minsker Vereinbarungen zu entgehen. Kiew hätte dies schon lange zur Kenntnis nehmen und damit beginnen müssen, endlich mit etwas Konstruktiven zu beginnen, das in einer effektiven und zuverlässigen Aktivität zur Realisierung der Punkte des Maßnahmenkomplexes in Abstimmung mit den Vertretern der Republiken besteht.

Ukrinform.de: **Prystajko nennt Erörterungsthemen im Rahmen des „Normammentreffens“**

Die ukrainische Seite strebe beim Treffen der Staats- und Regierungschef der Staaten des „Normandie-Formats“ danach, eine Reihe von konkreten Fragen zu lösen, im Idealfall den Krieg im Donbass zu beenden, erklärte der ukrainische Außenminister Wadym Prystajko auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres der Republik Österreich, Alexander Schallenberg,, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Das letzte Treffen fand vor drei Jahren statt und seitdem gibt es viele Fragen, die wir bei diesem Treffen lösen wollen. Aber das Wichtigste, was wir tun werden, ist, einen Schritt in Richtung Frieden zu machen, in der idealen Situation, diesen Krieg zu beenden, der unsere Leuten im Osten der Ukraine das Leben kostet und unsere Chance auf zivilisierte Entwicklung einschränkt“, sagte Wadym Prystajko.

Er hat unterstrichen, dass der letzte Waffenstillstand mit Besatzern der Ukraine bereits 33

Menschenleben und doppelt so viele verletzte Soldaten und Zivilisten „gekostet“ hat. Deshalb wollen wir bei diesem Treffen einige konkrete Fragen lösen“, betonte der ukrainische Außenminister.

So erwarte Präsident Selenskyj, dass es insbesondere während des Normandie-Treffens gelingen werde, Fragen der Militärsicherheit zu lösen und den Weg für eine endgültige Lösung des Problems des Ostens der Ukraine zu öffnen.

Gleichzeitig soll das Treffen ihm zufolge zum Katalysator für einen großen Austausch politischer Gefangener werden.

„Wir wollen die maximale Anzahl unserer bisher in Russland und in den Gebieten der sogenannten „Volksrepubliken“ und der Krim inhaftierten Menschen zurückbringen“, fügte er hinzu.

Die tatsächlichen Ergebnisse des Treffens hängen von der Tiefe der Bereitschaft der russischen Seite ab, auf die Umsetzung der Vereinbarungen hinzuwirken.

Ukrinform.de: **Zeitpunkt des Normandie-Treffens bleibt bisher offen**

Ein konkretes Datum des Treffens des Staatschefs im Normandie-Format sei noch nicht festgesetzt worden. Es werde darüber behandelt. Der Gipfel könne aber bis Jahresende abgehalten werden.

Dies erklärte der Außenminister Wadym Prystajko bei der gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres der Republik Österreich Alexander Schellenberg, meldet ein Ukrinform-Korrespondent.

"Hoffentlich erfahren wir demnächst das konkrete Datum. Wir wissen Bescheid über mögliche Zeitpunkte, aber sie um der ukrainischen Gesellschaft mitteilen zu dürfen, müssen wir über genauere Informationen verfügen. Das einzige, was ich sagen möchte, ist das, dass der Gipfel bis Jahresende doch stattfindet", so Prystajko.

Sämtliche Voraussetzungen für dieses Treffen seien dem Minister zufolge bereits erfüllt worden.

Der Außenminister verwies auch darauf, dass die Haltung der russischen Seite davon zeuge, dass sie sich auch auf den Gipfel vorbereite.

"Jetzt berätet sich die ukrainische Seite mit drei anderen Teilnehmern der Normandie-Vier. Wir überlegen ein besseres Datum für alle vier Präsidenten und einen Ort, an dem diese Veranstaltung stattfinden wird", teilte Prystajko mit.

Am 23. Oktober erklärte Präsident der Ukraine Wolodymyr Selenskyj, dass die Vereinbarung der "Steinmeier-Formel" und die Entflechtung von Kräften und Waffen in Solote und Petriwske eine Bedingung für das Treffen der Staatschefs der Normandie-Vier sei. Die Entflechtung im Raum der Ortschaft Solote-4 dauerte vom 29. Oktober bis zum 1. November.

Am 11. November fand ein Telefongespräch zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin statt. Erörtert wurde die Vorbereitung auf den Gipfel im Normandie-Format.

de.sputniknews.com: **Stoltenberg: Nato will konstruktivere Beziehungen zu Russland**

Die Nato hat sich für konstruktive Beziehungen mit Russland ausgesprochen, will aber auf ihre Position der militärischen Stärke und Eindämmung gegenüber Moskau nicht verzichten.

Wie Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg in einer Veranstaltung der Zeitschrift „Foreign Policy“ in den USA sagte, sollte die Allianz „zu diesem schwierigen Zeitpunkt Fehlschläge und Missverständnisse vermeiden“.

„Wir müssen das Vertrauen wiederherstellen, wo es möglich ist. Wir streben nach konstruktiveren Beziehungen zu Russland, deshalb halten wir unsere diplomatischen Kanäle für Moskau offen“, so Stoltenberg.

Dabei betonte er, dass diplomatische Bemühungen nur dann effektiv sein können, wenn „die Nato mit Russland von der Position der sicheren Eindämmung und der sicheren Verteidigung

zusammenwirkt“.

„Im Endeffekt sichert gerade unsere militärische Stärke die Bedingungen für unsere diplomatischen Errungenschaften“, so der Nato-Generalsekretär. Zuvor hatte der russische Außenminister Sergej Lawrow erklärt, Russland werde nicht auf einen Dialog mit der Nato drängen, trete aber für seine Fortsetzung ein. Dabei betonte er, dass nicht Russland „praktisch alle Kooperationsformen eingefroren hat“.

Dnronline.su: Heute fand eine Besprechung des Oberhaupts der DVR Denis Puschilin mit den Leitern von Städten und Bezirken statt.

„Die Sozialpolitik der DVR ist unmittelbar auf den Menschen und für den Menschen gerichtet. Ausgehend davon existiert die reale Notwendigkeit, die Zahl der Mitarbeiter in den Abteilungen für Arbeit und soziale Sicherheit der Städte und Gemeinden zu optimieren. Das Arbeits- und Sozialministerium muss gemeinsam mit den Verwaltungen von Städten und Bezirken die Fragen, die mit der Qualität der sozialen Dienstleistungen zusammenhängen, bearbeiten“, sagte Denis Puschilin.

Über die Situation bei den sozialen Dienstleistungen in der Republik berichtete die Arbeits- und Sozialministerin Larissa Tolstykina. „Es ist sehr schwer, die Bedeutung der Systeme der sozialen Sicherheit unter den Bedingungen, in denen sich die DVR befindet, zu überschätzen. Aber leider gibt es derzeit eine Reihe von Schwierigkeiten, die vor allem von der unzureichenden Ausstattung der Abteilungen von Personal und IT-Technik zusammenhängt. Die fehlende IT-Technik führt dazu, dass die Spezialisten unnötig viel Zeit für die Dokumentation aufwenden müssen. 80% der IT-Technik müsste modernisiert werden. Seit Beginn der regulären Zahlungen von sozialer Unterstützung seit Mai 2015 versorgen 31 Abteilungen für Arbeit und soziale Sicherheit monatlich 134.000 Empfängern 14 Arten von Sozialunterstützung aus. Außerdem sind die Arten der staatlichen Unterstützung in diesem Zeitraum gewachsen“, sagte sie. ...

Der Bürgermeister von Donezk erklärte, dass heute in der Republik im Durchschnitt 7 Mitarbeiter der sozialen Dienste auf 10.000 Einwohner kommen, in Donezk sind es nur 4, im Kiewskij-Bezirk wenig mehr als drei.

Das Republikoberhaupt gab dem Arbeits- und Sozialministerium den Auftrag, Vorschläge zur Verbesserung der personellen Ausstattung vor Ort bis zum 27. November dieses Jahres zu erarbeiten. Bis zum gleichen Stichtag soll der Bürgermeister von Donezk Änderungen bei der Personalausstattung in der Stadt in Abstimmung mit dem Ministerium vornehmen. Das gleiche gilt für die Verwaltung der übrigen Städte und der Bezirke der DVR.

de.sputniknews.com: Adidas-Panne: Russische Nationalelf empört über neue EM-Trikots

In der russischen Nationalmannschaft ist wegen der neuen EM-Fußballtrikots ein Skandal entfacht. Der Ausrüster Adidas hat bei den Landesfarben gefuscht – die Ärmel zeigen nicht die russische, sondern die serbische Flagge. Die russischen Nationalspieler haben sich geweigert, in den Trikots zu spielen.

Die neuen Fußballtrikots sind speziell für die Europameisterschaft angefertigt worden. Am 7. September wurden sie in Moskau präsentiert und stießen wegen eines kleinen Details sofort auf Kritik bei den Journalisten und Fans: Die Reihenfolge der russischen Landesfarben auf den Ärmeln stimmt nicht – Rot-Blau-Weiß statt Weiß-Blau-Rot – das entspricht der Flagge von Serbien.

Anfangs hat man dieses Detail für einen zwar merkwürdigen, aber bewussten Einfall der Designer gehalten. Allerdings sind später die Trikots der Nationalmannschaften von Deutschland und Kolumbien präsentiert worden, auf denen die traditionelle Reihenfolge der Farben eingehalten wurde.

Adidas nahm Stellung zu der Situation: „Wir entwickeln das Design neuer Trikots grundsätzlich in enger Absprache mit unseren Verbänden“, und weiter: „Wir sind seit 12

Jahren stolzer Partner des russischen Fußballverbandes (RFU) und daher zuversichtlich, dass wir gemeinsam eine Lösung finden werden."

Auch eine weitere Episode ist den Journalisten bei der Präsentation nicht entgangen: Das Trikot des Torhüters war an den Ärmeln unverändert geblieben. Auch war aufgefallen, dass der russische Torwart Guilherme Alvim Marinato während der Präsentation das Trikot eines Feldspielers getragen hat. Einige Journalisten bezeichneten die Präsentation insgesamt als Reinfall.

Zum ersten Mal sollte die russische Nationalelf in den neuen Trikots in einem EM-Gruppenphasen-Spiel gegen Belgien antreten. Viele Spieler sind aber mit den Trikots unzufrieden gewesen und weigerten sich, diese zu tragen. Der Russische Fußballverband gab bekannt, Russland werde in den kommenden Spielen weiter in den alten Trikots zu sehen sein. Adidas-Panne auch in Deutschland

In Deutschland hatte es zu Wochenbeginn ebenfalls eine Panne mit neuen Trikots gegeben. Kurz nach der offiziellen Präsentation am Montag waren die Jerseys mit den fehlerhaften Aufdrucken „Hecktor“ und „Waltschmidt“ im Online-Shop von Adidas aufgetaucht. „Wir bedauern den Vorfall und werden alle erforderlichen Schritte in die Wege leiten, um technische Fehler wie diesen in Zukunft zu vermeiden“, sagte ein Sprecher des Unternehmens am Dienstag: „Die Tippfehler sind behoben.“ Jetzt sind auf den Trikots die richtigen Namen der Nationalspieler Jonas Hector und Luca Waldschmidt zu lesen.



<https://cdn1.i>

[mg.sputniknews.com/images//32599/14/325991412.jpg](https://sputniknews.com/images//32599/14/325991412.jpg)

de.sputniknews.com: **Erdogan kritisiert US-Druck und hält an S-400 fest**

Die Türkei schätzt laut ihrem Präsidenten Recep Tayyip Erdogan die US-Forderung zum Verzicht auf russische Luftverteidigungssysteme S-400 als Verletzung ihrer Hoheitsrechte ein. „Wir halten die Forderung, auf die S-400 zu verzichten, für nicht richtig. Wir können nicht komplett auf die S-400 verzichten und auf die Patriot (die US-Luftverteidigungssysteme) umsteigen. Wir haben gesagt, wir können die Patriot-Systeme kaufen, aber auch wenn wir sie kaufen, können wir auf die S-400 nicht verzichten“, sagte Erdogan nach den Verhandlungen mit seinem US-Amtskollegen Donald Trump in Washington am Mittwoch.

Dies sei das hoheitliche Recht der Türkei, betonte Erdogan weiter.

Erdogans Besuch nach Washington

Ferner betonte der türkische Staatschef, dass sein Besuch in den Vereinigten Staaten im Großen und Ganzen positiv gewesen sei und dass ein Dialog erforderlich sei, um die Gegensätze zu überwinden.

„Wir wollen ein positives Ergebnis bei (Lieferungen von amerikanischen Kampfflugzeugen) F-35 erzielen. Aber dieses Mal habe ich gesehen, dass Trump dieses Thema viel positiver und konstruktiver angeht“.

Trotz der Spannungen zwischen Washington und Ankara hat Trump am Mittwoch Erdogan empfangen. Das Treffen fand im Weißen Haus in Washington statt. Die anschließende Presskonferenz ließ aber viele Fragen offen.

Spannungen nach Kauf von S-400

Der Kauf russischer Flugabwehrraketensysteme S-400 durch die Türkei hatte einen Streit zwischen Ankara und Washington ausgelöst.

Die USA forderten die Türken auf, den Deal mit den Russen fallen zu lassen und statt S-400 US-amerikanische Patriot-Raketen zu kaufen. Ankara weigerte sich. Daraufhin wurde die Türkei vom F-35-Programm ausgeschlossen.

Die Sprecherin des Weißen Hauses, Stephanie Grisham, erklärte damals, dass ein US-amerikanischer Kampffjet nicht mit einer russischen „Plattform zur Beschaffung von geheimdienstlichen Erkenntnissen“ koexistieren könne, von der die Amerikaner glauben würden, dass sie „zur Erforschung der fortschrittlichen Fähigkeiten“ der F-35 eingesetzt werde.

abends:

de.sputniknews.com: **Putin ruft BRICS-Länder zur Verurteilung von Nazismus auf**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat Ländern der BRICS-Gruppe vorgeschlagen, der Heroisierung des Nazismus einen Riegel vorzuschieben. Dazu sollte eine gemeinsame Erklärung abgegeben werden, sagte der Staatschef am Donnerstag in Brasilia in einer Plenarsitzung des BRICS-Gipfels.

„Wie Sie wissen, wird im kommenden Jahr der 70. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges und der Gründung der Organisation der Vereinten Nationen begangen. Unsere Staaten könnten die Möglichkeit prüfen, in diesem Zusammenhang eine gemeinsame Erklärung zu diesen wichtigen Ereignissen abzugeben“, sagte Putin.

Es wäre wichtig, Versuche zu verurteilen, die Nazisten und ihre Handlanger reinzuwaschen, und sich unbeirrt für die Festigung der Weltordnung einzusetzen, die sich auf das Völkerrecht und die UN-Charta gründe, betonte der russische Präsident.

Club aufstrebender Wirtschaften

Zu dem 2006 gegründeten Länderclub gehören derzeit Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika. Die ersten Buchstaben in ihren Namen bilden denn auch die Abkürzung BRICS.